

Deklaration von Wien und Bad Ischl

**Erklärung über die Ergebnisse des von der
österreichischen EU-Ratspräsidentschaft veranstalteten
Youth Event**

Wien/Bad Ischl, 28.-31. März 2006

ERKLÄRUNG DES AUSTRIA YOUTH EVENT 2006

Präambel

Seit dem Jahr 2000 hat sich die Jugendpolitik in der Europäischen Union kontinuierlich weiter entwickelt und das Engagement junger Menschen an diesen Prozessen zugenommen. Eine Reihe politischer Maßnahmen wurden im Jugendbereich getroffen; die offene Koordinierungsmethode und der Europäische Jugendpakt wurden ausgearbeitet, aber die Umsetzung hinkt noch nach. Im vergangenen Jahr erhielten Jugendthemen zunehmend höhere Aufmerksamkeit innerhalb der institutionellen Agenda, aber nun ist es an der Zeit, von Erklärungen zu Taten überzugehen.

Wir, die JugendvertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten, Beitritts- und EFTA-Länder sowie VertreterInnen der europäischen Jugendorganisationen, sind vom 28. bis zum 31. März 2006 in Wien und Bad Ischl zusammengekommen, um über die derzeitigen Prioritäten der Jugendagenda zu diskutieren. Wir haben nicht nur neue Ideen entwickelt, sondern auch besonderes Augenmerk auf frühere Themen, wie Jugend und Arbeit, Wert und Bedeutung von nicht-formalem und informellem Lernen sowie die Zukunft der Jugend in Europa gelegt.

Jugendarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung gehören zu den Hauptsorgen junger Menschen in Europa. Der Beschluss des Europäischen Jugendpaktes vor einem Jahr war ein bedeutender Schritt in Richtung Umsetzung des Ziels, den speziellen Bedürfnissen junger Menschen im Rahmen aller Politikbereiche Rechnung zu tragen. Bisher scheint der Pakt jedoch noch nicht Niederschlag in konkreten Maßnahmen gefunden zu haben, und sein Potential, dass Jugendpolitik als Querschnittsmaterie verstanden wird, ein Ansatz, der zu einem verstärkten sozialen Zusammenhalt sowie zur Integration junger Menschen führen sollte, wurde noch nicht genutzt.

Europa kann nur dann zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsgebiet der Welt werden, wie in der Lissabon-Strategie vorgesehen, wenn ein neuer Bildungsansatz gefunden wird. Es gilt ein Europäisches Qualifikationsrahmenwerk und Maßnahmen zur Anerkennung nicht-formalen und informellen Lernens sowie lebenslanger Lernstrategien gemeinsam mit den Jugendorganisationen weiter intensiv zu verfolgen.

Angesichts der derzeitigen Unsicherheit, was die künftige Ausrichtung der EU betrifft, müssen die Anliegen junger Menschen Gehör finden und ernst genommen werden. Ein Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion kann nur dann umgesetzt werden, wenn auf jene eingegangen wird, die im Europa der Zukunft leben werden. Beteiligung ist ein wesentliches Element der Demokratie. Junge Menschen brauchen den Raum, die Mittel

und die nötige Unterstützung, um an politischen Entwicklungen, die unmittelbare Auswirkungen auf ihren Alltag haben, mitwirken zu können.

In diesen drei Bereichen haben wir die folgenden konkreten Forderungen ausgearbeitet:

Jugend und Arbeit

Qualität der Jobs: Was bedeuten qualitätsvolle Jobs?

- * Jeder Mensch hat das Recht auf einen sicheren und sozial abgesicherten Arbeitsplatz. Unter einer gerechten Anstellung verstehen wir nicht nur den respektvollen Umgang mit dem Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin, sondern auch mit der von einer Person geleisteten Arbeit.
- * Die Arbeitsbedingungen müssen an die Bedürfnisse junger Menschen angepasst werden. Die Entlohnung sollte gerecht und arbeitsadäquat sein.
- * Eine Ausgewogenheit zwischen Flexibilität und Sicherheit ist unabdingbar; deshalb sind wir an einer weiteren Erkundung des sogenannten „Flexicurity“-Konzepts interessiert. Maßnahmen zur Steigerung der Flexibilität sollten mit entsprechenden Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit einhergehen.
- * Ein gutes Arbeitsumfeld und persönliche Zufriedenheit sind die Grundlagen für eine qualitätsvolle Arbeit. Durch Arbeit wird jungen Menschen mehr Autonomie ermöglicht.
- * Mindestgehälter für ArbeitnehmerInnen sollten in allen EU-Staaten garantiert werden.
- * Legale Arbeitsverträge, in denen die tatsächlich ausübende Tätigkeit beschrieben ist, sind die Voraussetzung, um Missbrauch und Ausbeutung zu verhindern; aus dem Vertrag haben alle relevanten Aspekte der Tätigkeit klar hervorzugehen.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Umsetzung des Europäischen Jugendpaktes

- * Anhand von Praktika können sich junge Menschen auf das Arbeitsleben vorbereiten und etwas über künftige Jobs erfahren. Praktika sollten jedoch nicht eingesetzt werden, um junge Menschen auszubeuten. Lange, unbezahlte Praktika, die normale Anstellungen ersetzen, sind nicht akzeptabel. Alle Praktika sollten adäquat bezahlt werden. Soziale Sicherheit und eine gewisse Arbeitsqualität sollten gewährleistet sein. Darüber hinaus sollten Praktika EU-weit anerkannt werden, um ein Praktikum oder eine künftige Anstellung in jedem EU-Mitgliedsstaat zu ermöglichen.
- * Unternehmen, die unerfahrene ArbeitnehmerInnen anstellen, sollten steuerlich entlastet werden.
- * Es sollten Tools und Maßnahmen entwickelt werden, um junge Menschen rechtzeitig über die voraussichtliche Entwicklung von Angebot

und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu informieren. Voraussetzung hierfür wäre die Kooperation zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor sowie Universitäten und Schulen.

* Benötigt wird ein neuer Ansatz in der Ausbildung mit Hauptaugenmerk auf der Bedeutung jungen Unternehmertums, zur Förderung der Eigeninitiative und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

* Viele junge Menschen verfügen über die auf dem Arbeitsplatz benötigten Qualifikationen, können sich jedoch nicht gut genug präsentieren. Deshalb ist es wichtig, dass kostenlose Trainings für junge Menschen angeboten werden, in denen sie lernen, einen guten Lebenslauf zu schreiben und alle ihre Fähigkeiten in einem Bewerbungsgespräch zu präsentieren.

* Der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben ist für junge Menschen aus Minderheitengemeinschaften häufig besonders schwer und bedarf demnach aktiver Unterstützung.

* Nationale Jugendvertretungen sollten gleichermaßen wie Sozialpartner zur Ausarbeitung beschäftigungspolitischer Maßnahmen konsultiert werden.

* Die Gewerkschaften sollten ebenfalls besonders für die Rechte junger Menschen eintreten, die auf der Suche nach ihrer ersten Anstellung sind.

* Um dem Europäischen Jugendpakt zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen und seine Umsetzung quer durch alle Bereiche zu garantieren, schlagen wir die Ausarbeitung von nationalen Jugendpakten unter Mitwirkung aller Interessenvertreter vor. Unserer Meinung nach ist es von großer Bedeutung, dass lokale und regionale Interessenvertreter an der Umsetzung des Paktes beteiligt sind.

Wert und Bedeutung von nicht-formalem und informellem Lernen

Wir anerkennen die Bedeutung von nicht-formalem Lernen im Leben junger Europäer und Europäerinnen. Wir stimmen zu, dass formales und nicht-formales Lernen einander ergänzen. Wir sind der Ansicht, dass nicht-formales Lernen eine europäische Wertschöpfung für die Zukunft der erweiterten Union, die Förderung des aktiven Bürgertums und die erfolgreiche Umsetzung der Lissabon-Strategie darstellt. An diesem Förderungs- und Anerkennungsprozess sollten sich alle Interessenvertreter auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene beteiligen. Die Bedeutung von nicht-formalem Lernen muss innerhalb der europäischen Gesellschaften volle Anerkennung finden; alle Beteiligten wie junge Menschen, öffentliche Behörden, der nichtstaatliche Bereich und die Privatwirtschaft sollten an diesem Prozess teilhaben.

Durch die Anerkennung und erhöhte Sichtbarkeit des nicht-formalen Lernens wird die Teilnahme an Jugendaktivitäten attraktiver. Das führt zur Schaffung von Arbeitskräften mit besseren Qualifikationen, aktiverer Bürgerbeteiligung, erhöhter Mobilität, zur Bildung von verstärktem sozialen Zusammenhalt und neuer Lernmöglichkeiten. In Anbetracht

dessen sind wir der Ansicht, dass die Koordination der InteressenvertreterInnen, die Ausarbeitung von gemeinsamen Anerkennungstools sowie die verstärkte Förderung nicht-formaler Lernaktivitäten unter jungen Menschen grundlegende Themen sind, die es anzusprechen gilt.

Die Anerkennung von nicht-formalem Lernen darf nicht zu dessen Formalisierung führen, da dies kontraproduktiv wäre. Deshalb regen wir einen Dialog und eine Partnerschaft zur Förderung der Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen den an der formalen und nicht-formalen Ausbildung Beteiligten an. In Kooperation mit den nationalen Jugendvertretungen sollten die Entscheidungsträger solche Partnerschaften ins Leben rufen. Ziel dieses Dialogs sollte sein, die derzeitigen Bedürfnisse, Ziele, Mittel zu deren Erreichung und Maßstäbe für die Evaluierung des Anerkennungsfortschritts beim nicht-formalen Lernen herauszufinden.

Wir begrüßen den in diesem Bereich bisher erzielten Fortschritt und mahnen alle InteressenvertreterInnen, ihre Anstrengungen bei der Ausarbeitung von Tools zur Anerkennung von nicht-formalem Lernen und bei der Darstellung der Lernergebnisse zu erhöhen. Wir sind bestrebt und willens, partnerschaftlich ein gemeinsames Anerkennungs-Rahmenwerk für jeden Mitgliedsstaat sowie auf gesamteuropäischem Niveau zu erarbeiten, das von Jugendorganisationen auf freiwilliger Basis zur Abdeckung ihrer Bedürfnisse angepasst und verwendet werden kann.

Wir bitten die Regierungen eindringlich, dahingehend aktiv zu werden, dass die Schulen auch für nicht-formale Lernmöglichkeit offen sind, die von NGOs geboten werden. Nicht-formale Ausbildung kann und darf die Regierungen jedoch nicht der Verantwortung entheben, jungen Menschen eine angemessene Ausbildung zukommen zu lassen.

Wir unterstützen die Ausarbeitung von nationalen und europäischen politischen Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung in Hinblick auf durch nicht-formales Lernen erworbene Qualifikationen. Wir fordern die Unterstützung aller Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission für eine europaweite Kommunikationskampagne zur Förderung und Anerkennung von nicht-formalem Lernen.

Nun ist es an der Zeit, die Versprechen, die im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode und des Europäischen Jugendpaktes gemacht wurden, einzulösen.

Die Zukunft der Jugend in Europa

Junge Menschen wünschen sich einen interaktiven Prozess, Konsultation allein genügt ihnen nicht. Wir setzen uns für die Schaffung eines echten

Dialogs ein. Deshalb ist die Bildung eines strukturierten Dialogs zwischen den JugendvertreterInnen und den EntscheidungsträgerInnen auf gleicher Ebene wichtig. Ein solcher sollte von lokal bis gesamteuropäisch implementiert werden und sich durch alle politischen Strukturen ziehen. Darüber hinaus sollten junge Menschen in alle Aspekte des Entscheidungsprozesses mit einbezogen werden, vom Anfang bis zum Ende. Das ist nur dann möglich, wenn die Strukturen eine demokratische und transparente Beteiligung zulassen. Wir unterstützen die durch Plan D – Demokratie, Dialog und Debatte - ausgelöste Diskussion. In weiterer Folge schlagen wir mit Nachdruck die Einführung und Ausarbeitung eines Jugendprüfungsparagrafen in allen Mitgliedsstaaten vor; dadurch kann Alibipolitik verhindert und sichergestellt werden, dass die Stimmen junger Menschen gehört werden. Jugendorganisationen, die auf geeignetem Niveau für junge Menschen arbeiten, müssen ernster genommen und ihre Rechte und Verantwortung anerkannt werden. Ein konkreter Weg, dies umzusetzen, wäre die Errichtung von Sozialpartnerschaften zwischen den JugendvertreterInnen, den EntscheidungsträgerInnen und den Serviceanbietern (d.h. Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen usw.).

Informationen wie Jahresberichte der Regierungen und der Kommission über die Umsetzung von Jugendpolitik sollten messbare Elemente enthalten, anhand derer die Sozialpartner die Einführung der jugendpolitischen Maßnahmen überprüfen und evaluieren können.

Um die aktive Mitwirkung junger Menschen an gesellschaftlichen Prozessen zu stimulieren, sollte das Wahlalter gesenkt werden, wobei als geleitende Maßnahme vom Volksschulalter an unter Verwendung nicht-formaler Methoden, politische Bildung vermittelt wird, um die selbe Grundinformation für jeden jungen Menschen zu gewährleisten.

Daraus ergibt sich:

- Wir fordern bereichsübergreifende Partnerschaften, in denen alle beteiligten Akteure wie JugendvertreterInnen, EntscheidungsträgerInnen und ServiceanbieterInnen vertreten sind. Dies sollte auf europäischer Ebene erfolgen und auf lokale und nationale Ebene übertragbar sein.
- Um einen effizienten Zugang für die Jugend in politische Strukturen zu sichern, fordern wir KoordinatorInnen in Schlüsselbereichen, die als AnsprechpartnerInnen für alle jungen Menschen dienen, sowie eine/n Jugendombudsmann/frau.
- Wir fordern messbare Qualitätsindikatoren, um echte Tools für die Überprüfung und Evaluierung der politischen Maßnahmen, die junge Menschen betreffen, sowie deren Umsetzung zu erhalten.
- Wir fordern Tools für die Jugendbeteiligung in ganz Europa, wie zum Beispiel das Jugendprogramm, effiziente Information und nachhaltige Finanzierung.
- Das Wahlalter sollte auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Dadurch könnten sich mehr junge Menschen in den politischen Prozess einbringen.

- Deshalb fordern wir die BildungsministerInnen auf, politische Bildung schon ab der Grundschule in die Lehrpläne aufzunehmen – mit Schwerpunkt, wie junge Menschen voll am Gemeinschaftsleben mitwirken können.

Schlussfolgerungen

Aus der im Zuge des Events geführten Debatte gehen eine Reihe von ambitionierten und zukunftsweisenden Vorschlägen hervor, die von den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission ernsthaft in Erwägung gezogen und sofort in die Tat umgesetzt werden sollten. Wir erwarten, dass diese Deklaration die Grundlage für einen offenen Dialog mit Jugendorganisationen darstellt und zu weiteren Entwicklungen der Jugendpolitik führt. Um eine höhere Nachhaltigkeit bei der Beteiligung der Jugend an der europäischen Politik zu erreichen, müssen diese Youth Events evaluiert und entwickelt werden, sodass sie mehr Kontinuität bieten und eine echte Bedeutung haben. Deshalb laden wir die JugendministerInnen und die Kommission dazu ein, einen Evaluierungsbericht über die Umsetzung der in dieser Deklaration enthaltenen Forderungen für den nächsten Youth Event in Finnland auszuarbeiten.